

Der völkische Ruf nach Arbeit schließt das Bündnis mit den Nazis.

Die Teilnahme von Rechtsextremen an den Montagsdemonstrationen sollte nicht verwundern. Rechte und linke Botschaften sind sich zum Verwechseln ähnlich.

Dass die organisierten Jungfaschisten auf den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV nichts verloren haben, darin sind sich die Veranstalter mit Attac, den Gewerkschaften und der PDS völlig einig. Warum jedoch die Pappen, Sprüche, Flugblätter der NPD oder der DVU dort nicht hingehören, vermögen sie nicht recht nachzuweisen. Es ist immer dasselbe: Wenn sich die neuen Nazis nicht mit Springerstiefeln, Glatzen, Werbematerial der NPD oder Rufen wie »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« uniformieren würden, dann wären sie für all die guten Demokraten des »linken Lagers« nicht erkennbar.

Unterschiede in der inhaltlichen Kritik am Hartz-IV-Programm, die den Ausschluss der DVU und der NPD vom Protest begründen könnten, vermögen sie gar nicht aufzudecken. So fällt den linken Demonstranten wie auch der kommentierenden bürgerlichen Öffentlichkeit nur die abenteuerliche Erklärung ein, die Neonazis hätten sich mit linken Parolen getarnt und eine »braune Chamäleon-Taktik« zugelegt. Doch warum sollten sie eigentlich? Um mit linken Sprüchen für die entgegengesetzte, die rechte Sache, zu werben? Das wäre wirklich eine eigentümliche »Taktik«. Welcher von linker Kritik wirklich überzeugte Demonstrant ließe sich schon für rechte Anliegen gewinnen?

Das nationale Anliegen

Auf den Gedanken, dass sie selbst vielleicht mit ihren kritischen Parolen die neuen Faschisten theoretisch zu jenem »Schulterschluss« eingeladen haben, den sie praktisch um jeden Preis unterbinden wollen, kommen die Tugendwächter des (ost-)deutschen Protests nicht. So etwas liegt jenseits ihres Vorstellungshorizontes. Und doch ist dies leider der Fall. Das politische Selbstbewusstsein der um political correctness des Widerstands gegen den »Sozialabbau« bemühten Wort- und Schriftführer und ihre kritischen Einlassungen zu der neuen Stufe nationaler Verarmung von Lohnabhängigen fallen ziemlich auseinander. »Linke« und

»Rechte« haben sich längst zu kaum noch unterscheidbaren Angriffen auf das Hartz-IV-Konzept vorgearbeitet, in deren Zentrum nichts als

Sorgen um nationale Anliegen stehen.

So teilen »Linke« und »Rechte« einvernehmlich die Sorge um die »Vernichtung volkswirtschaftlicher Massenkaufkraft« (Attac, PDS, DVU, NPD) durch Hartz IV. Wem gilt diese Sorge eigentlich? Gilt sie den auf ganz neue Formen von Armut festgelegten Beziehern von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, oder gilt sie Konzernen wie Karstadt, Müller-Milch und Lidl? Nicht die Verarmungspolitik wird angeklagt, sondern eine Wirkung, die diese Armut auf »unsere nationale Volkswirtschaft« hat. In der Tat: Wenn immer mehr Menschen nicht wissen, was sie morgen in Topf und Pfanne tun sollen, weil der Sozialstaat sie auf schmale Kost gesetzt hat, dann werden sie wohl auch keine großen Beiträge für die positiven Geschäftsbilanzen von Lebensmittelkonzernen liefern können.

Wem gilt die Sorge vor »sozialen und gesellschaftlichen Destabilisierungstendenzen« (PDS), vor den nationalen Auswirkungen von »Asozialmaßnahmen« (DVU)? Gilt sie den Menschen, die in Armutshettos getrieben werden, weil der Sozialstaat sie aus ihren Wohnungen vertreibt? Gilt sie dem Elend der Leute oder beklagt sie, dass Leute, die verzweifelt zur Flasche oder zu anderen Rauschmitteln greifen, die gesellschaftliche Ordnung »destabilisieren«? Keine Frage: Erneut halten »Linke« und »Rechte« nur eine Wirkung von Verwahrlosungsprozessen auf ihr geliebtes nationales Gemeinwesen für skandalös. Flankiert werden derlei Befürchtungen auch in Leipzig von strukturell antisemitischen Parolen a la »so lange Zinsen Reiche reicher machen, haben wir nix zu lachen«, vorgetragen von DemonstrantInnen, die »nur mit ehrlicher Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen« wollen.

Nur die Würde soll bleiben

Welches Opfer wird eigentlich beklagt, wenn schließlich der Verlust der »Menschenwürde« (PDS, NPD, Attac), die »Demütigung« (NPD) von »Wehrlosen« (PDS), die sich per Fragebogen »nackt ausziehen«

(NPD) müssen, gezeißelt wird? Gilt die Sorge der Ent-eignung von Leuten oder der »Menschenwürde«? Gilt sie der Tatsache, dass der Staat das bisschen privat an-gesammelte (Geld-)Eigentum, mit dem Lohnarbeiter-familien in absehbaren Notfällen die knappen Sozial-versicherungsleistungen etwas aufbessern wollen, da-für hernimmt, um an Sozialleistungen zu sparen? Oder gilt sie dem Umstand, dass Menschen sich von »frem-den, anonymen« (Attac) Behörden ausfragen lassen müssen? Soll da ein »gläserner Mensch« beklagt wer-den oder dass der Fragebogen dazu hergenommen wird, um den Leuten noch einmal in die Tasche zu fassen? Auch ein apartes Anliegen: Stolz und Würde soll der Mensch, der deutsche Mensch zumal, behalten dürfen, wenn ihm schon sonst so ziemlich alles ge-nommen wird.

Und so geht es weiter. Nie gilt die Kritik der neuesten Stufe des rot-grünen Verarmungsprogramms, das da für Millionen Ausgemusterte beschlossen wird. Nie reicht es den Grüppchen und Parteien, nur anzupran-gern, was diese neue Sozialfürsorge für Groß und Klein, für Alt und Jung, für Mann und Frau, für Ge-sunde und Kranke, für In- und Ausländer bedeutet; welche Lebensperspektiven ihnen ab sofort verschlos-sen und auf welche Überlebensperspektiven sie festge-legt werden.

Immer interessieren in erster Linie Schädigungen des Gemeinwesens, weniger die der Leute. Immer siegt der nationale Verantwortungsstandpunkt über die Be-schwerde, die dem staatlich festgeklopften Elend gilt. Immer steht die Sorge über – tatsächliche oder erfun-dene – Auswirkungen von Hartz IV auf solche nation-ale Güter, die den Protestierenden aller Couleur am Herzen liegen, im Vordergrund. Immer scheint ihnen der Beweis, dass es auch ihnen wie der nationalen Re-gierung letztlich nur um Deutschland geht – um seine Massenkaufkraft, sein Kapital- und Bevölkerungswachstum, seine Finanzkraft, seine Keimzellen, die Familien, das einvernehmliche Verhältnis von Volk und Herrschaft, seine Ordnung, den Anstand und die Würde seiner Bevölkerung usw. – wichtiger zu sein, als nur festzuhalten, dass das Regierungsprogramm zur

Sanierung des nationalen Standorts unverträglich ist mit den materiellen Interessen der Leute, die als Ma-növriermasse dieses deutschen Aufbruchsprogramms vorgesehen sind.

Abgrenzung nach rechts

Eine inhaltliche Abgrenzung zu den Neonazis ist der PDS, Attac und den Antifas denn doch noch eingefal-len. Die NPD und die DVU möchten nämlich verhin-dern, dass auch Ausländer in den Genuss der Hartz-IV-Maßnahmen kommen, die diesen Montagsde-monstranten bei Ausländern wie unverdiente Privile-gien vorkommen. Ausländer sind am meisten betrof-fen, halten die »Linken« dagegen und sehen sich durch die nationalistische Ausgrenzung von Ausländern in ihrer Absage an die Neonazis bestätigt.

Doch sofort bringen sie ihre Kritik wieder um ihre Substanz. Es fällt ihnen gegen die völkische Vorsortie-rung von Sozialberechtigungen nämlich nur ein, dass dadurch der Gerechtigkeitshaushalt der Nation durch-einander gebracht werde. Folglich setzen sie der rech-ten Sorge ums deutsche Volkstum ihre markige linke Gerechtigkeitssparole entgegen.

»Wir wollen, dass Migrantinnen und Migranten glei-che Rechte haben wie BRD-StaatsbürgerInnen«, heißt es in einer Erklärung, die von Vertretern der PDS, des Berliner Sozialbündnisses, von Attac und Berliner An-tifas unterzeichnet wurde. Sie sollten sich schon ein-mal die Frage vorlegen, ob man von »gleichen Rech-ten« satt wird. Soll eigentlich die neue Sozialgesetzge-bung bekämpft oder sollen Deutsche und Migranten irgendeiner Variante des nationalen Verarmungspro-gramms ganz gleich und gerecht unterworfen werden? Wenn schließlich »die Interessen des Volkes dominie-ren müssen« (Lafontaine in Leipzig) dürfte die Ant-wort klar sein. Der völkische Ruf »Weg mit Hartz vier, das Volk sind wir« schließt das Bündnis mit den Fa-schisten. Um ihn wenigstens für kurze Zeit zum Ver-stummen zu bringen, organisiert das bgr Leipzig eine Blockade der heutigen „Montagsdemonstration“.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Wer Nazis wählt, ist Nazi!

bgr Leipzig / 13. September 2004